

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 114. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015, 13:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags	4
Drucksache 18/3572 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3666	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3667	
2. Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsforder Landstraße - Zukauf - für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber	7
Antrag der Landesregierung Drucksache 18/3674	
3. Information/Kenntnisnahme	8
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung der „hsh portfolio-management AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags

Drucksache 18/3572 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3666

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3667

(überwiesen am 16. Dezember 2015)

Abg. Koch wirbt für die Annahme des CDU-Antrags, den Rahmen der Kreditermächtigung für den Erwerb von Risikoportfolien durch die neue Anstalt im Staatsvertrag auf die Höhe des Marktwerts zu begrenzen. Er erwartet, dass die Landesregierung unverzüglich in Verhandlungen mit Hamburg über eine Reduzierung der Kreditsumme eintrete.

Finanzministerin Heinold wiederholt ihren Vorschlag aus der Plenardebatte, nach der Ermittlung des Marktwertes und dem Verkauf der Portfolien darüber nachzudenken, den Kreditrahmen an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Nachdem die Hamburger Bürgerschaft dem Staatsvertrag bereits zugestimmt habe, sei eine Änderung des Staatsvertrags noch in diesem Jahr wenig realistisch. Denkbar sei, dass das Parlament in einem begleitenden Antrag seine Erwartung ausdrücke, dass die Regierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein nach Abschluss der Markterkundung die Kreditsumme anpassten.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg zur Befristung von § 8 a des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes erwidert Herr Dr. Endler von der Firma Linklaters, weil das Risiko bestehe, dass die Abwicklungsanstalt kapitalisiert werden müsste, empfehle man aus Gründen der Rechtssicherheit, die Anstalt noch in diesem Jahr zu gründen. Man habe mit der BaFin darüber gesprochen; eine abschließende Aussage der Bankenaufsicht gebe es dazu nicht.

Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann bekräftigt, die Gründung einer Abwicklungsanstalt nach § 8 b Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz sei die rechtssichere und vermögenscho-

nendere Lösung für das Land, weil sie weder eine Banklizenz noch eine Eigenkapitalisierung erfordere. Durch den Verkauf der Portfolien von 8,2 Milliarden € solle die Quote der Non Performing Loans von 23 auf 12 % gesenkt und die Bank stabilisiert werden.

Abg. Herdejürgen macht darauf aufmerksam, die Verfassung sehe nicht vor, dass das Parlament Staatsverträge ändere. Man könne nur die Landesregierung bitten, nach Abschluss der Bewertung mit dem Hamburger Senat in Verhandlungen über eine Anpassung der Kreditsumme zu treten. - Der Vorsitzende, Abg. Andresen und von Kalben äußern sich in die gleiche Richtung.

Abg. Koch erklärt, eine begleitende Resolution räume die Bedenken der CDU gegen die Höhe der Kreditermächtigung von insgesamt 16,2 Milliarden € nicht aus. Er wünsche sich, dass die beiden Regierungen den Staatsvertrag noch vor Inkrafttreten änderten und nicht nachträglich zu irgendeinem späteren Zeitpunkt.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:10 Uhr.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:20 Uhr wieder.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den FDP-Änderungsantrag Drucksache 18/3666 abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP empfiehlt er, den CDU-Änderungsantrag Drucksache 18/3667 ebenfalls abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3572 (neu) unverändert anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsforder
Landstraße - Zukauf - für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung
für Asylbewerberinnen und Asylbewerber**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/3674](#)

Der Finanzausschuss vertagt die Beratung auf die nächste Sitzung, am 14. Januar 2016, zu der das Wertgutachten vorliegen soll.

Auf Wunsch des Finanzausschusses sagt Finanzministerin Heinold zu, dem Ausschuss beim Kauf beziehungsweise Verkauf von Grundstücken grundsätzlich das Wertgutachten zuzuleiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 18/5267](#) - Innovationsassistenten

[Umdruck 18/5268](#) - Krankenhausbau

[Umdruck 18/5269](#) - Flüchtlingssituation

[Umdrucke 18/5270, 18/5271](#) - Sanierungsprogramm

[Umdruck 18/5280](#) - Änderung des Schulgesetzes

[Umdrucke 18/5310 = 18/5319](#) - Änderung des Schulgesetzes

[Umdruck 18/5318](#) (neu) - Breitbandförderung

[Umdruck 18/5325](#) - „Jugend im Landtag“

[Umdruck 18/5331](#) - IT-Management

Zu Umdruck 18/5331 - IT-Management - mahnt Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, die Vorlage von Ergebnissen spätestens bis Juni 2016 an.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Abg. Koch kritisiert, dass die Landesregierung die zugesagte Übersicht über die Auswirkungen der **Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes** auf die einzelnen Kommunen noch nicht vorgelegt hat.

b) Herr Muschke, Leiter des Projekts Dienstleistungszentrum Personal im Finanzministerium, teilt mit, den aktualisierten Zeitplan für die **Einführung der elektronischen Beihilfe** könne man noch nicht vorlegen; man werde im Februar 2016 über den Stand der Einführung der eBeihilfe berichten. Um die Beihilfeanträge in einem vertretbaren Zeitfenster abarbeiten zu können, habe man eine Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen: Seit dem 14. Dezember 2015 gelte wieder die risikoorientierte Bearbeitung der derzeit 20.000 offenen Beihilfeanträge, man habe alle jemals im Fachbereich Beihilfe tätigen Beschäftigten zurückgeführt, deren Telefone abgeschaltet und keine großzügigen Urlaubsregelungen in den Weihnachtsferien gewährt.

c) Auf eine Frage von Abg. Koch zum **Abschluss des Haushaltsjahrs 2015** antwortet Ministerin Heinold, sie gehe davon aus, das Jahr 2015 deutlich unter der geplanten Verschuldung von 170 Millionen €abschließen zu können.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer